

›Öl für Lebensmittel‹

Das Programm, der ›Skandal‹ und die Geschichte dahinter

Ian Williams



Ian Williams, geb. 1949, ist britischer Journalist und Buchautor am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York. Er berichtet für zahlreiche Fernseh- und Rundfunksender und für das Wochenmagazin ›The Nation‹ über die Weltorganisation.

Kofi Annans zweite Amtszeit war durch Angriffe amerikanischer Medien in Bezug auf das Öl-für-Lebensmittel-Programm stark belastet. Der von einigen konservativen Medien heraufbeschworene ›Skandal‹ war vollkommen überzogen und verdeckte die äußerst beachtlichen Erfolge des Programms. Der Abschlussbericht der Volcker-Kommission – in seiner verdichteten Form als Buch – offenbart, wie wenig von dem vermeintlichen Skandal tatsächlich den Vereinten Nationen anzulasten ist.

Kein Maulwurfshügel wurde wohl jemals zu so einem riesigen Berg angehäuft wie der ›Skandal‹ um das Programm ›Öl für Lebensmittel‹ in den Vereinten Nationen. Aufgrund von Anschuldigungen der konservativen, UN-feindlichen Presse in den USA – und zu einem geringeren Grad in Großbritannien – hatte UN-Generalsekretär Kofi Annan im April 2004 die **Unabhängige Untersuchungskommission (Independent Inquiry Committee into the United Nations Oil-for-Food Programme)** unter der Leitung des ehemaligen Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank Paul A. Volcker eingesetzt. Die Kommission hatte ungehinderten Zugang zu Dokumenten, E-Mails, Aufzeichnungen von Telefongesprächen und Bankdaten in der ganzen Welt. Annans Entscheidung, diese Kommission einzusetzen, verdeutlichte, dass er meinte, nichts verheimlichen zu müssen.

Knapp anderthalb Jahre später legte die Kommission ihren in zwei Teilen erstellten Abschlussbericht¹ vor. Im Sommer 2006 folgte das Buch **›Good Intentions Corrupted: The Oil-for-Food Program and the Threat to the U.N.‹**² Paul Volcker schrieb nur die Einleitung, aber zwei der Untersuchungsbeamten, die für die Kommission gearbeitet haben, Jeffrey A. Meyer und Mark G. Califano, zeichnen für den Inhalt verantwortlich. Im Gegensatz zu dem Wirbel, den die konservativen Medien um den so genannten Skandal machten, erhielt dieses Buch wenig Aufmerksamkeit. Vielleicht lag dies daran, dass es die Vereinten Nationen im Großen und Ganzen von den übertriebenen Anschuldigungen gegen sie freisprach. Die Schlussfolgerungen sind vergleichsweise nüchtern, unspektakulär und bestätigen im Wesentlichen die Schlussfolgerungen der vielen vorausgegangenen Berichte über die Fehler des UN-Managements.

Die Autoren berichten offen darüber, wie Botschafter der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats das Verfahren des UN-Beschaffungswesens umgingen und wie der Ölschmuggel, der am Ende ein Volumen von 8,4 Milliarden Dollar erreichte, zeitweilig sogar

durch die amerikanische Marine geschützt wurde. Meyer und Califano konstatieren die allgemeine Apathie der Sicherheitsratsmitglieder angesichts von Berichten über Schmuggel, ›kickbacks‹ und ›surcharges‹ (Schmiergelder), die dem irakischen Regime weitere 1,8 Milliarden Dollar Nettoeinnahmen bescherten. Die Autoren weisen auch darauf hin, dass es der Sicherheitsrat war, der dem UN-Sekretariat und dem **Öl-für-Lebensmittel-Programm (ÖfLP)** das Mandat gegeben und die Rahmenbedingungen festgelegt hat, die es wiederum dem irakischen Regime, vielen Unternehmen und Regierungen ermöglicht haben, das Programm zu manipulieren.

Volcker schreibt: »Ich habe weder damals noch heute geglaubt, dass die Beweise, die die Kommission zutage gefördert hat, die pauschale Behauptung rechtfertigen, Korruption im Finanzbereich sei oder war für die Institution als Ganzes charakteristisch. Vielmehr (...) herrschte eine ›Kultur der Untätigkeit‹ vor, ein starker Hang, administrativer Verantwortung auszuweichen. Diese Kultur hat ihre Wurzeln sowohl in der UN-Organisation selbst als auch in allgemeinen politischen Erwägungen.«

Diese Einsichten sind jedoch retrospektiv, vielleicht weil der Medienrummel, dem die Autoren wirksam entgegentreten, mittlerweile abgeebbt ist. Dennoch ist es gerade der politische Kontext, der in ›Good Intentions Corrupted‹ in weiten Teilen fehlt ebenso wie im Kommissionsbericht.

Eine Folge des Elends, das die Irak-Sanktionen hervorgerufen haben, ist, dass der Sicherheitsrat sich höchstwahrscheinlich niemals wieder auf solch umfassende Wirtschaftssanktionen verständigen wird. Auch eine zweite Lehre kann gezogen werden, dass nämlich in einer globalisierten Welt jeder Versuch, den Außenhandel einer Volkswirtschaft bis ins Kleinste zu kontrollieren, nicht nur vergeblich ist, sondern auch seine sozioökonomischen Konsequenzen verheerend sind. Der Sicherheitsrat hat seitdem seine Sanktionen gezielt auf Mitglieder von autoritären Regimen ausgerichtet oder lediglich gegen den Handel mit Militärgütern verhängt.

Hintergrund des Programms

Während und nach dem Zweiten Golf-Krieg 1990 (Irak gegen Kuwait) verhängte der UN-Sicherheitsrat unter Führung der Amerikaner und Briten, mit zeitweiliger Unterstützung der Franzosen, ein umfassendes Paket an Wirtschaftssanktionen, Reparationen und Überwachungsmaßnahmen gegen den Aggressor Irak.³

Die Irak-Sanktionen hatten keine Befristung. Nur durch einen erneuten Beschluss des Sicherheitsrats konnten sie aufgehoben werden. Mitglieder des Rates fragten nach einem Hinweis darauf, dass die Einhaltung der Auflagen durch das irakische Regime zu einer Aufhebung der Sanktionen führen würde. Doch die USA stellten klar, solange Saddam Hussein im Amt war, würden sie jeden solchen Versuch blockieren. Rasch zeigte sich jedoch, dass das eigentliche Opfer der Sanktionen die irakische Bevölkerung war.

In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CBS im Jahr 1996 antwortete die damalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright auf die Frage: »Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder gestorben ist. Das sind mehr als in Hiroshima ums Leben kamen (...). Ist dieser Preis nicht zu hoch?«, »Dies ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis – wir glauben, dieser Preis ist nicht zu hoch.«⁴

Ironischerweise waren es UN-Organisationen, die diese Opferzahlen recherchiert hatten. Viele UN-Mitarbeiter sahen es als ihre Aufgabe an, die Wirtschaft von Ländern aufzubauen, nicht, sie zu zerstören; Kinder zu retten, nicht, sie verhungern zu lassen. Sie betrachteten die Sanktionen eine durch die USA erzwungene Abweichung von der wahren Mission der UN. Die Rücktritte hochrangiger Mitarbeiter, wie des Beigeordneten Generalsekretärs Denis Halliday im September 1998 und seines Nachfolgers Hans von Sponeck im März 2000, machten den Protest gegen die Mittäterschaft der UN, bei dem was Halliday als Völkermord bezeichnete, deutlich.

Es war nicht hilfreich, dass die Resolutionen 30 Prozent der Erlöse aus den Ölverkäufen für die Zahlung von Reparationen bestimmten, die größtenteils an Kuwait und große Ölkonzerne gingen, was natürlich ein weiterer Grund für die Zurückhaltung Bagdads war, in diesem Programm mitzuarbeiten.⁵

Ohne die zu Zeiten des Kalten Krieges vorhandene Ost-West-Konfrontation innerhalb der Organisation, konnten Washington und London in den Jahren während des Krieges und danach Weisungen in den UN ausgeben, als sei die Organisation eine Erweiterung ihres eigenen außenpolitischen Apparats.

In der arabischen und muslimischen Welt und sogar in Westeuropa führte das augenfällige Leiden der irakischen Bevölkerung zu nachlassender Unterstützung für die Sanktionen und zu einem Ansehensverlust für die Vereinten Nationen. Der krasse Gegensatz zwischen dem unablässig ausgeübten Druck auf Irak und dem diplomatischen Freibrief für Israel verstärkte die Unzufriedenheit in großen Teilen der Entwicklungsländer. Sogar Saddam Husseins ungerührte Missachtung der UN-Abrüstungsresolutionen fand Verteidiger angesichts der ausgesprochenen Antipathie gegenüber Amerika. Der Ruf nach einem Regimewechsel seitens amerikanischer Regierungsbeamte irritierte viele UN-Mitglieder, bedeutete dies doch ei-

ne Infragestellung des ehernen UN-Grundsatzes der nationalen Souveränität. Die ursprünglichen Resolutionen enthielten keinen Passus zu einem Sturz von Saddam. Der damalige amerikanische Präsident George Bush Sr. hatte diese Alternative aus guten Gründen am Ende der Operation ›Desert Storm‹ verworfen, um den globalen Konsens nicht zu gefährden.

Wenn über die Beibehaltung der Sanktionen erneut hätte abgestimmt werden müssen, wie es bei Friedenseinsätzen der Fall ist, hätte es höchstwahrscheinlich keine Mehrheit im Sicherheitsrat gegeben – ganz zu schweigen vom potenziellen Veto, das Russland, China oder Frankreich hätten einlegen können. Da ein Veto der USA ein unüberwindbares Hindernis für die Aufhebung der Sanktionen darstellte, war für die Mehrheit des Rates und für große Teile des Sekretariats das Öl-für-Lebensmittel-Programm⁶, dessen Ziel es war, die Folgen der Sanktionen auf unschuldige Iraker zu mildern, die zweitbeste Lösung. Für die USA hingegen war das Ziel des Programms, dem sie nur zögerlich zustimmten, in erster Linie, die Sanktionen angesichts der schwindenden weltweiten Unterstützung aufrechtzuerhalten.

Geduldeter Schmuggel

Die konservative Presse in den USA beschuldigte die UN, das irakische Regime mit Milliarden von Dollars versorgt zu haben. Doch das meiste, was sie der Organisation in punkto Ölschmuggel anlastete, war bereits fest etabliert, *bevor* das ÖfLP im Jahr 1996 anlief. Westliche Geheimdienste, Zeitungen, jeder, der es wissen wollte, wusste von dem ›Schmuggel‹. Die USA und Großbritannien verfolgten dabei widersprüchliche Strategien. Nach Artikel 50 der Charta der Vereinten Nationen erhielten Iraks Nachbarländer, die Türkei und Jordanien, die Berechtigung, für die ih-

1 Report on the Management of the Oil-for-Food Programme, 7.9.2005 und Report on the Manipulation of the Oil-for-Food Programme, 27.10.2005, Berichte siehe: <http://www.iic-offp.org/documents.htm>

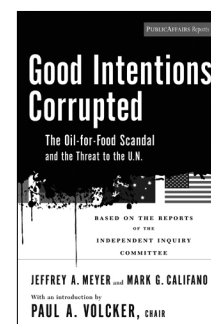
2 In der gebundenen Ausgabe des Buches steht im Titel: ›Oil-for-Food Scandal‹; Jeffrey A. Meyer, Mark G. Califano and Paul A. Volcker (Introduction), *Good Intentions Corrupted: The Oil-for-Food Program and the Threat to the U.N.*, New York 2006.

3 UN-Dok. S/RES/661(1990) v. 6.8.1990 und UN-Dok. S/RES/670(1990) v. 25.9.1990. Näheres zu den Irak-Sanktionen siehe: Carl-August Fleischer, *Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen in Recht und Praxis der Weltorganisation. Die Anwendung von Sanktionen durch die Vereinten Nationen in der Golfkrise*, Vereinte Nationen (VN), 2/1991, S. 41–44 sowie Jürgen Kramer, *UN und Golfkrieg*, VN, 3/1991, S. 102–106.

4 CBS, ›60 Minutes‹, 12.5.1996.

5 Näheres zur Entschädigung siehe Karl-Heinz Böckstiegel, *Ein Aggressor wird haftbar gemacht. Die Entschädigungskommission der Vereinten Nationen (UNCC) für Ansprüche gegen Irak*, VN, 3/1997, S. 89–93.

6 Einrichtungsresolution: UN-Dok. S/RES/986(1995) v. 14.4.1995.



Jeffrey A. Meyer,
Mark G. Califano,
Paul Volcker

**Good Intentions
Corrupted. The Oil-
for-Food Scandal
and the Threat to
the U.N.**

New York:
PublicAffairs 2006,
320 S., 15,95 US-
Dollar.

nen durch die Sanktionen entstehenden Kosten entschädigt zu werden. Allerdings wollte niemand sie entschädigen, am wenigsten die amerikanische Regierung, die es lange Zeit schon schwer hatte, dem Kongress die Bewilligung der Beiträge zum UN-Haushalt abzurufen. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt gab es also einen umfangreichen Handel mit Öl – in der Presse und in den Berichten der Kommission als ›Schmuggel‹ bezeichnet – welcher, wie das Buch ›Good Intentions Corrupted‹ einräumt, bereits vor der Einrichtung des ÖfLP florierte.

Die mit den Amerikanern verbündeten Kurden im Norden Iraks zweigten einen großen Prozentsatz der Ölverkäufe an die Türkei, die durch ihr Territorium gingen, ab. Und die jordanische Wirtschaft wäre wohl zusammengebrochen ohne den grenzüberschreitenden Handel, den sie sich vom Sanktionsausschuss des Sicherheitsrats indirekt genehmigen ließ (da der Ausschuss zwar die Anfrage zur Kenntnis nahm, aber keine Meinung dazu abgab). Der Westen begann erst aufmerksam zu werden, als Damaskus sich Irak annäherte und die syrische Ölleitung öffnete. Die Empörung der Briten und anderer war nur schwer aufrechtzuerhalten, da sie nicht erklären konnten, warum dies sich so grundlegend von dem unterschied, was mit der Türkei und Jordanien geschah.

Iraks Souveränität

Als sich der Sicherheitsrat im April 1995 nach anfänglichem amerikanischem Widerstand auf das ÖfLP einigte, widersetzte sich Saddam Husseins Regime diesem Beschluss. Die UN befanden sich nun in einer schwierigen Situation in Bezug auf Irak. Denn Irak war (und ist) ein vollständig souveräner Mitgliedstaat, obwohl er in vielerlei Hinsicht wie eine besiegter Staat behandelt wurde.

Das für Irak eingesetzte UN-Waffeninspektorenteam, die so genannte **Sonderkommission der Vereinten Nationen UNSCOM**, war erwiesenermaßen der verlängerte Arm der amerikanischen Geheimdienste,⁷ was wiederum die ständige Paranoia der regierenden Baath-Partei rechtfertigen mag. Die Iraker wollten kein komplett neues Inspektorenteam unter dem Deckmantel des ÖfLP im Namen eines Staates, der mit militärischen Maßnahmen gegen sie drohte.

Das Ergebnis des Kompromisses zwischen Irak und den UN war, dass, während die UN das Treuhandkonto führten, über das alle Erlöse aus dem Ölverkauf abgewickelt und Lebensmittel gekauft wurden, das ÖfLP kein Mitspracherecht darüber besaß, welche Unternehmen oder Staaten Bagdad aussuchte, um ihnen Öl zu verkaufen oder von ihnen Lebensmittel und Güter zu kaufen. Wenig überraschend angesichts amerikanischer und britischer Feindseligkeit vergab Bagdad nicht besonders viele Aufträge an deren Firmen, sondern nutzte den Handel, um Länder wie Frankreich, Russland und China zu belohnen und

zu beeinflussen, deren Stimmen im Sicherheitsrat gebraucht wurden. Es wäre naiv zu glauben, diese Verträge hätten deren Abstimmungsverhalten nicht stark beeinflusst. Zumindest hatte dies zur Folge, dass sich die Frage, ob man sich am Schmiergeld-System beteiligt oder nicht, den meisten amerikanischen Unternehmen gar nicht erst stellte.

Vor diesem Hintergrund muss man feststellen, dass, auch wenn das Buch zu Recht die Schuld für das Versagen des ÖfLP auf die Mitgliedstaaten, den Sicherheitsrat und das Sekretariat verteilt, es bei seinem Tadel des betroffenen UN-Personals das Wesentliche auslässt. Für vermutlich die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten und des UN-Personals mögen die Irak-Sanktionen vielleicht legal und chartagemäß gewesen sein, doch sie waren unrechtmäßig und vor allem unmoralisch. Daher rührt der unterschiedliche Fokus der USA einerseits, wie er sich im Bericht der Volcker-Kommission widerspiegelt, und dem Rest der Welt andererseits. Für die meisten UN-Mitarbeiter und UN-Mitgliedstaaten ging es beim ÖfLP darum, die irakische Bevölkerung nicht verhungern zu lassen. Den USA ging es darum, das irakische Regime seiner Fähigkeiten zu berauben, sich wiederzubewaffnen.

In beiderlei Hinsicht war das Programm extrem erfolgreich: Gegen Ende der Laufzeit versorgte es 80 Prozent der Iraker mit Lebensmitteln und Medikamenten, und es war ebenso erfolgreich bei der Verteilung der Wiederbewaffnung des Iraks, wie die UN-MOVIC⁸-Inspektoren und ihre amerikanischen Nachfolger bestätigten.

Das Programm war dermaßen erfolgreich, dass die amerikanischen Besatzungsbehörden die UN baten, nach ihrem Einmarsch im Jahr 2003 das Programm fortzusetzen, und es mit Lob überhäuften als es abgewickelt wurde. ÖfLP wurde unter Lobpreisungen aller Betroffenen im November 2003 beendet und die Überschüsse von über zehn Milliarden Dollar dem so genannten **Entwicklungsfonds für Irak** übergeben, damit die Gelder unter der Aufsicht eines **Internationalen Überwachungsbeirats** verteilt würden.

Wie aus dem Erfolg ein Skandal wurde

Dies war der geopolitische Kontext, in dem Generalsekretär Kofi Annan im April 2004 Paul Volcker bat, die Unabhängige Untersuchungskommission einzurichten und zu leiten. Erstaunlich ist jedoch, wie die Kommission die politischen Umstände ihrer Einrichtung nicht berücksichtigen konnte.

Ein Jahr nach der Irak-Invasion war die gegen die UN eingestellte Presse in den USA auf dem Weg, auf fast schon obsessive Weise über den ›Öl-für-Lebensmittel-Skandal‹ in den UN zu berichten. Ziele der Angriffe waren die Glaubwürdigkeit der UN selbst und das Ansehen des Generalsekretärs, der bis dahin UN-Verächter durch sein vorbildliches Verhalten und sei-

Für vermutlich die Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten und des UN-Personals mögen die Irak-Sanktionen vielleicht legal und chartagemäß gewesen sein, doch sie waren unrechtmäßig und vor allem unmoralisch.

Ein Jahr nach der Irak-Invasion war die gegen die UN eingestellte Presse in den USA auf dem Weg, auf fast schon obsessive Weise über den ›Öl-für-Lebensmittel-Skandal‹ in den UN zu berichten.

nen untadeligen Charakter frustriert hatte. Nur wenige Generalsekretäre der Vergangenheit waren so erfolgreich darin, ein ›säkularer Pabst‹ zu sein, wie es Annan war.

Als im Dezember 2004 der republikanische Senator Norm Coleman den Rücktritt Annans forderte, gab dessen Heimatzeitung, die ›Minneapolis Star Tribune‹, die wohl überzeugendste Erklärung dafür ab, was sich hinter den Angriffen verbergen könnte. In dem Editorial wird Colemans Forderung als ein ›erbärmlicher Schachzug‹ bezeichnet. Monate vor den Wahlen habe es zahlreiche rechtsgerichtete Blogs und Radiosendungen gegeben, die mit aggressiver Rhetorik gegen Annan und das Öl-für-Lebensmittel-Programm vorgingen, so das Blatt. »In Wahrheit geht es um Annans Weigerung, die Bush-Linie im Hinblick auf Irak und die generelle unilaterale Außenpolitik der Regierung mitzutragen. Der rechte Flügel hasst Annan und sah in dem Öl-für-Lebensmittel-Programm eine Schwachstelle in Annans Panzer. Sie stürzten sich mit blinder Wut darauf.«⁹ Annan hat es treffender als »ein bisschen wie Lynch«¹⁰ bezeichnet.

Die Geschichte, wie der Anti-UN-Flügel ›Öl für Lebensmittel‹ zu einem UN-Skandal machte, beginnt mit Claudia Rosett, einer ehemaligen Reporterin des ›Wall Street Journal‹ und heutigen ›journalist in residence‹ der Stiftung zur Verteidigung von Demokratien (Foundation for the Defense of Democracies). In einem Meinungsartikel in der ›New York Times‹ vom April 2003 bezeichnete sie das ÖfLP als »eine Einladung zu Korruption, Vetternwirtschaft und Schmuggel unter dem Deckmantel einer Hilfsoperation«. Sie folgerte, dass, »wenn die Öl-für-Lebensmittel-Operation ausgeweitet werden soll, sie einen beträchtlichen Einfluss auf die Zukunft des neuen Iraks haben wird. Bevor wir das zulassen, sollten wir uns die Bücher ansehen.«¹¹

Die Vorstellung, dass die Vereinten Nationen ›versagt‹ hätten, weil sie nicht die Irak-Invasion der USA gutgeheißen hatten und dass alles, was Saddam Hussein getan hat, den UN angelastet werden konnte, machten einen wichtigen Teil der Philosophie der Stiftung aus, deren Mitglieder fast alle Befürworter der Irak-Invasion waren.

Die Organisation selbst, das ›Project for the New American Century‹¹², war auch eine Bastion der Irak-Krieg-Befürworter. Zu seinem Vorstand gehörten bekannte ›Falken‹ wie Steve Forbes, Jeanne Kirkpatrick, Newt Gingrich, Richard Perle und Charles Krauthammer. Auf seiner eigenen Website brüstete sich die Organisation mit engen Kontakten zu den Irakern rund um den Irakischen Nationalrat und Ahmed Chalabi, dem im Exil lebenden ›Oppositionsführer‹. Dessen Gefährten waren damit beschäftigt, die Behauptung in den Umlauf zu bringen, Irak hätte jede Menge Massenvernichtungswaffen – eine Behauptung, die sich im Nachhinein als falsch herausgestellt hat.

Chalabis Rolle bei der Entwicklung des ›Skandals‹ ist von entscheidender Bedeutung. Nach dem Einmarsch waren Chalabi und einige Neokonservative irritiert, dass das Weiße Haus sich mit der Bitte um Hilfe wieder an die UN wandte. Chalabi insbesondere war äußerst verärgert über Annans Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi, der in Bagdad eine Übergangsregierung zusammenstellte und der zu Recht die mangelnde Unterstützung aus der Heimat für Chalabi konstatierte. Einmal hat Chalabi sogar das Büro des Generalsekretärs in New York angerufen und genauestens vorausgesagt, was passieren würde, wenn Annan Brahimi nicht instruierte, Chalabi jene Position zuzuweisen, die Chalabis Ansicht nach seiner Bedeutung gerecht werde.

Als Annans Büro dem Druck standhielt, hielten Chalabi und seine Mitstreiter die Drohungen aufrecht und brachten die Behauptung in den Umlauf, Benon Sevan, der in Ruhestand getretene Leiter des ÖfLP, sei eine von 267 Personen auf einer Liste, denen Saddam Hussein Ölkauf-Konzessionen erteilt hatte. Diese Meldung provozierte Unmengen von Artikeln von Rosett und anderen, die, wie Chalabi, sich auf die angebliche UN-Verbindung konzentrierten.

Konservative Fernsehsender standen im Zentrum jener ›rechtsgerichtete Konstellation‹, auf die die Zeitung aus Minneapolis verwies. Zu den anderen ›Stars‹ gehörten der altgediente Kolumnist, William Safire, der bald darauf ob seiner Aversion gegen das Überprüfen von Fakten von der ›New York Times‹ entlassen wurde, Rupert Murdochs ›New York Post‹ und Fox TV, ›The Wall Street Journal‹, die konservative ›National Review‹ und ›The New York Sun‹.

Auch wenn sich die Aufregung im Wesentlichen auf die oben genannten Medien beschränkte, machten sie so viel Aufhebens, dass die restlichen Medien den Eindruck gewannen, bei so viel Rauch müsse es ein – wenn auch nur kleines – Feuer geben. Interessanterweise fanden sich diese Artikel überwiegend auf den Meinungsseiten. Die Nachrichtenabteilung des ›Wall Street Journal‹ unternahm beachtliche investigative Bemühungen, konzentrierte sich aber eher auf die Zu-

Auch wenn sich die Aufregung im Wesentlichen auf einige konservative Medien beschränkte, machten sie so viel Aufhebens, dass die restlichen Medien den Eindruck gewannen, bei so viel Rauch müsse es ein – wenn auch nur kleines – Feuer geben.

7 Vgl. Scott Ritter/Seymour M. Hersh, Iraq Confidential: The Untold Story of the Intelligence Conspiracy to Undermine the UN and Overthrow Saddam Hussein, New York 2005.

8 UNMOVIC steht für United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission (Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen).

9 Editorial: Going after Annan/A sordid move by Coleman, Minneapolis Star Tribune, 4.12.2004.

10 Pressekonferenz mit Kofi Annan in New York, 14.6.2004; <http://www.un.org/apps/sg/offthecuff.asp?nid=596>

11 Claudia Rosett, Oil, Food and a Whole Lot of Questions, New York Times (NYT), 18.4.2003.

12 Vgl. <http://rightweb.irc-online.org/profile/1535>

Natürlich waren nur wenige der seriösen Blätter der Auffassung, es gehöre zu ihren Aufgaben, die UN in Schutz zu nehmen oder freizusprechen.

sammenarbeit von Privatunternehmen und Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Einkünften für Bagdad als mit der Korruption in den Vereinten Nationen.

Natürlich waren nur wenige der seriösen Blätter der Auffassung, es gehöre zu ihren Aufgaben, die UN in Schutz zu nehmen oder freizusprechen. Hinzu kam, dass die UN auf diese Anschuldigungen – wie üblich – schwach und defensiv reagierten. Sie haben nicht das richtige Rüstzeug für mediale Gegenangriffe.

Im April 2004 ernannte Kofi Annan daher den ehemaligen Leiter der amerikanischen Notenbank Paul Volcker zum Chef einer vom Sicherheitsrat unterstützten Untersuchungskommission. Er hoffte, dass damit die Vernunft wieder einkehren würde. Doch dieselben Personen, die die Untersuchung gefordert hatten, begannen, Annan der Unterfinanzierung zu bezichtigen. Als er 30 Millionen Dollar aus Restgeldern des ÖfLP, die für die Verwaltung vorgesehen waren, auftrieb, beschuldigten Rosett, Safire und die anderen umgehend den Generalsekretär, er stehle den irakischen Kindern ihr Brot.

Die ›New York Post‹ prangerte die Untersuchung als ein Vertuschungsmanöver an, während in der ›New York Times‹ William Safire Annan des »manipulativen Missbrauchs Paul Volckers« bezichtigte, dessen Ansehen zerstört werde »durch ein Netz von Beamten, die lange Finger machen, und Bürokraten, die nichts Böses in der Welt sehen, sondern sich danach sehnen, den Mann an der Spitze zu schützen, der ihn eingestellt hat, um eine rasche und wirklich unabhängige Untersuchung zu ersetzen und damit zu vereiteln.«¹³

Annans moderate Kommentare zur Illegalität des Einmarschs und ein an die Presse lancierter Brief löste eine neue Welle von Schmähungen gegen ihn und die Organisation aus.

Annans moderate Kommentare zur Illegalität des Einmarschs und ein an die Presse lancierter Brief löste eine neue Welle von Schmähungen gegen ihn und die Organisation aus. Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Briefes ließ sich Bill O'Reilly von Fox TV dazu aus: »Es wird immer deutlicher, dass UN-Chef Kofi Annan den USA schadet.«

Zu guter Letzt forderte Norm Coleman, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des Senats am 1. Dezember im ›Wall Street Journal‹ Annans Rücktritt. Darauf angesprochen, wies Präsident George W. Bush Colemans Forderung nicht zurück oder sprach Annan sein Vertrauen aus, sondern forderte lediglich, dass die Untersuchung fortgeführt werde. Eine Woche später, nachdem der britische Premierminister Tony Blair sich dem großen Zuspruch der restlichen Welt für Annan angeschlossen hatte und Delegierte in der Generalversammlung dem Generalsekretär stehende Ovationen gegeben hatten, erkannte sogar das Weiße Haus, welchen Schaden Colemann und die anderen der amerikanischen Diplomatie zugefügt hatten.

Während dieser Zeit hatte die Volcker-Kommission, wenn auch unabsichtlich, der konservativen Pres-

se in die Hände gespielt. Ihre Zwischenberichte führten zur Veröffentlichung vieler unausgegorener Behauptungen des UN-Büros für interne Aufsichtsdienste (OIOS). Die Erwidern der UN-Mitarbeiter auf diese Behauptungen hingegen wurden nicht veröffentlicht. Die Anti-UN-Kolumnisten freuten sich darüber.

Sie freuten sich auch über die äußerst kritische Haltung der Volcker-Kommission gegenüber Annan in Bezug auf die Beteiligung seines Sohnes an der Schweizer Firma Cotecna. Der Sohn hatte seinen Vater belogen, indem er beteuert hatte, die Verbindungen zu dieser Firma beendet gehabt zu haben, und es stellte sich heraus, dass Annan Junior fortgesetzte Zahlungen verheimlicht hatte.

Volcker fand keine Beweise, dass der Generalsekretär in irgendeiner Weise in die Vergabe der Aufträge verwickelt gewesen war, monierte aber, Annan sei den Behauptungen nicht ernsthaft genug nachgegangen. Annan hatte seinen (von den USA eingesetzten) Untergeneralsekretär für Management und seinen Untergeneralsekretär für Rechtsangelegenheiten um Rat gebeten. Diese hatten ihm empfohlen, keine weiteren Schritte zu unternehmen, da er mit dem Beschaffungswesen nichts zu tun gehabt habe. Volcker war der Auffassung, Annan hätte seinem Sohn misstrauen sollen und ordnete eine umfassende Untersuchung an. Die Kommission tadelte Annan für sein Verhalten und ihre Berichte bescherten der Presse eine weitere Runde von Spekulationen.

Natürlich war dies, abgesehen von den Verstrickungen des Generalsekretärs, ein geringfügiges Problem im Vergleich zu den immer mehr werdenden Milliarden, von denen die amerikanischen Medien und Politiker annahmen, die UN hätten sie transferiert. Diesbezüglich war Volcker, wie oben beschrieben, wesentlich maßvoller. In der Tat sprach der Volcker-Bericht Annan und die UN von der überwältigenden Mehrzahl der Korruptionsvorwürfe frei. Doch der Bericht vermied größtenteils, eine Meinung zu vertreten oder zu analysieren, so dass sich die UN-Verächter durch den ›rein auf Fakten‹ basierenden Ansatz jene Teile herauspicken konnten, die sie wollten, und den Rest ignorierten.

Der Fall Benon Sevan

Vor dem Hintergrund dieser Anschuldigungen, denen zufolge zweistellige Milliardensummen in der Golf-Region im Umlauf gewesen sein sollen, war der Fall Benon Sevan das einzige Ergebnis direkter Korruption in den Vereinten Nationen mit Bezug auf das ÖfLP. Sevan, der zyprische Leiter des 100-Milliarden-Dollar-Programms, hatte den UN berichtet, in vier Jahren Geschenke im Wert von 147 000 Dollar entgegengenommen zu haben. Die Kommission entschied, dass dies Provisionen für normalerweise legitime Ölverkäufe eines von Freunden Sevans geführten Unternehmens gewesen seien.

Falls dies wahr sein sollte – und die aufgeführten Beweise der Kommission können Indizien dafür sein – so war dies eindeutig unmoralisch, doch, wie die Kommission selber es nannte, nicht notwendigerweise illegal. Sie stellten Sevan auch wegen seines Managementstils zur Rede. Er hatte das ÖfLP vom Sekretariat ferngehalten. Doch Kollegen in den UN, auch wenn sie zugaben, dass Sevan stur und dickköpfig sein konnte, wiesen darauf hin, dass eine Einmischung des Sekretariats in das Programm dessen Arbeit erheblich verlangsamt hätte. Viele waren der Ansicht, dass er das ÖfLP durch die Abschirmung von bürokratischer Einmischung erst funktionsfähig gemacht hatte.

Sevan kehrte nach Zypern zurück und war seitdem nicht mehr in New York, was jedoch nicht mit einem Schuldeingeständnis gleichzusetzen ist. Man könnte schlussfolgern, dass ihm in dem Buch ›Good Intentions Corrupted‹ nur deshalb ein ganzes Kapitel gewidmet wird, weil es letztlich der einzige konkrete Fall eines schwerwiegenden Betrugs eines direkt in das Programm involvierten UN-Beamten darstellt.

Fehlende Fakten

Das Buch ist eine gut lesbare Zusammenfassung der insgesamt objektiven Darlegung der Fakten des Volcker-Berichts. Um jedoch eine akkurate Darstellung der weitreichenden Auswirkungen des ÖfLP zu sein, müsste es durch einige fehlende Fakten ergänzt werden.

Im Gegensatz zur Aufmerksamkeit, die den angeblichen Fehlern der UN zuteil wurde, gab Volcker zu, dass die Kommission noch nicht einmal begonnen hat, den Verbleib der zehn Milliarden Dollar ÖfLP-Überschüsse zu untersuchen. Diese wurden den amerikanischen Besatzungsbehörden für den Entwicklungsfonds für Irak übergeben, ohne dass bislang dafür eine Rechnungslegung erfolgt ist, weder gegenüber dem Kongress noch gegenüber dem Internationalen Überwachungsbeirat. Es gehörte nicht zum Mandat der Kommission, schreibt Volcker.

Der Überwachungsbeirat hatte keinen Zugang zu dem übergebenen Geld, von dem das meiste im Rahmen von nicht öffentlich ausgeschriebenen Verträgen an Firmen floss, die mit dem Weißen Haus in Beziehung stehen. Auch ein amerikanischer Untersuchungsbeamter scheiterte bislang daran herauszufinden, was mit dem Geld geschah, das durch eingefrorene irakische Geldreserven fast auf das Doppelte anwuchs.¹³ Dieselbe Presse, die gegen die UN wettete, hüllte sich nun ins Schweigen. Wenn die Angelegenheit in den Medien Niederschlag fand, blieb die Verbindung zum ÖfLP fast immer unerwähnt.

Um das etwas schiefe Bild von den UN, die den irakischen Kindern das Brot stehlen, ein wenig gerade zu rücken, sollte erwähnt werden, dass aus dem ÖfLP mehr als 20 Milliarden Dollar aus irakischen Öleinnahmen für den größten Reparationsplan seit

Versailles bezahlt wurden. Zu derzeit reduzierten Raten, werden fünf Prozent des irakischen Ölgeldes für unbestimmte Zeit eingesetzt werden, um die anerkannten Forderungen von 30 Milliarden Dollar zu erfüllen. Kuwait hat es abgelehnt, über die Rücknahme der Forderungen zu verhandeln.

Was bleibt?

Diese zehn Milliarden Dollar Überschüsse stellen Sevans 147 000 Dollar eindeutig in den Schatten, nicht nur was die Summe, sondern auch was die Folgen angeht. Trotzdem fanden sie in weniger als einem Prozent der Medienberichterstattung Niederschlag, und im Buch wurden sie gar nicht erwähnt. Dass der Sicherheitsrat beide Barzahlungen genehmigte, ist ein gutes Argument weniger für die vom Volcker-Bericht geforderte und seit langem akzeptierte Managementreform der Organisation als vielmehr für eine *politische* Reform der Organisation.

Weder der UN noch irgendeiner anderen Organisation sollte es erlaubt sein, Inkompetenz oder Korruption zu entschuldigen, indem sie mit dem Finger auf andere Organisationen und Länder zeigt. Es gab schwerwiegende Fehler im ÖfLP, die aus der Vermischung politischer Kontrollen und Motive herrührte, und wie Annan selbst sagte, hat es sich um ein für die UN viel zu ehrgeiziges Programm gehandelt. Das Buch lohnt sich zu lesen, will man mehr über diese Schwierigkeiten erfahren.

Es sollte aber erlaubt sein, die Wut und Empörung der konservativen Medien gegenüber dem ÖfLP mit deren relativem Schweigen angesichts des unübersehbar verheerenden Versagens des staatlichen Katastrophenschutzes (FEMA) in New Orleans nach dem Hurrikan Katrina im August 2005 oder den fehlenden Geldern in Irak zu vergleichen. Gezeigt hat sich auch, dass die UN nicht in der Lage waren, sich gegen die eindeutig politisch motivierten Angriffe auf ihre Integrität zur Wehr zu setzen. Die Vereinten Nationen haben viele Anhänger in den USA, aber sie sind weitgehend passiv und – abgesehen von einigen ehrenwerten Ausnahmen – befand es keine Führungsperson für notwendig, sich für die UN einzusetzen und sie zu verteidigen. Leider schrumpfte die Anhängerschaft erheblich zusammen, als Annan mit der Schmutzkampagne überzogen wurde.

Jene, die übrig geblieben sind, haben ihre Lektion gelernt. Sie werden wohl in Zukunft früher und massiver in die Verteidigung gehen oder sogar zu einem Gegenangriff übergehen, um die wahren Motive der Ankläger offenzulegen.

Im Gegensatz zur Aufmerksamkeit, die den angeblichen Fehlern der UN zuteil wurde, gab Volcker zu, dass die Kommission noch nicht einmal begonnen hat, den Verbleib der zehn Milliarden Dollar ÖfLP-Überschüsse zu untersuchen.

¹³ William Safire, U.N. Obstructs Justice, NYT, 15.11.2004.

¹⁴ Stuart Bowen, Special Inspector General for Iraq Reconstruction (SIGIR); <http://www.sigir.mil>